



EUROPA-UNION BAYERN e.V.

Unser Europa mitgestalten:
Eine Aufgabe für uns alle!

Ihre Stimme zählt!
25. Mai 2014



EUROPAWAHL

25. Mai



Markus Ferber, MdEP
Landesvorsitzender der Europa-Union

Europa muss groß im Großen,
aber großzügig im Kleinen sein!

Am 25. Mai bei der Europawahl geht es um die Frage, wo es hingehen soll mit der Europäischen Union. Und dabei stehen drei Modelle zur Auswahl: Das eine ist das Europa der Europa-Kritiker, die am liebsten die Zeit zurückdrehen würden – zurück zu einem Europa der nationalen Alleingänge. Das wäre ein gefährlicher Rückschritt, in eine Zeit, die wir längst überwunden glaubten. Das zweite Modell ist ein Europa des Zentralismus und der Verantwortungslosigkeit. Das dritte Modell ist ein Europa, das dort groß und entschlossen ist, wo man nur gemeinsam stark ist. Ein Europa, das aber gleichzeitig dort großzügig ist, wo es Spielräume für die Regionen und Kommunen gibt.

Der Gedanke, den wir Subsidiaritätsprinzip nennen, muss grundsätzlich wieder verstärkter Eingang in die europäische Politik finden. Wir haben genug große Themen, bei denen es sich lohnt, auf eine gemeinsame europäische Lösung zu setzen. Ich denke da an Dinge wie den Klimawandel, die Asylpolitik, gemeinsame Regeln für Finanzmärkte, Datenschutz, unseren hohen Verbraucherschutz aber auch die auswärtigen Beziehungen. Bei vielen anderen Fragen, haben die Mitgliedsstaaten, die Regionen oder die Kommunen aber bereits sehr gute Lösungen gefunden. Die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, vom öffentlichen Nahverkehr bis zur Trinkwasserversorgung, zeigt dies sehr eindrucksvoll. Diese Spielräume, die es vor Ort gibt, wollen wir bewahren. Schließlich sind die Kommunen einfach näher dran an den Problemen der Bürger vor Ort. Ein starkes, bürgernahes Europa wird es nur mit starken Regionen und mit starken Kommunen geben.

Ich bitte Sie, gehen Sie zur Europawahl am 25. Mai. Mit ihrer Stimme gestalten Sie Europa und überlassen es nicht den anderen.

Ihr **Markus Ferber**
Landesvorsitzender

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

zur Europawahl zu gehen, heißt nicht, zwangsläufig für immer mehr Europa zu sein. Es heißt, Europa nicht den anderen zu überlassen. Es heißt, Europa gestalten zu wollen.

2014 ist ein entscheidendes Jahr. Als Jahr der Erinnerung, aber umso mehr auch als Jahr der Weichenstellung. Die Europäische Union ist die Antwort auf die bitteren Erfahrungen der Geschichte. Sie hat dazu beigetragen, dass wir in Europa schon seit nunmehr fast 70 Jahren eine zuvor ungekannt lange Periode des Friedens und die Überwindung der Teilung Europas erleben konnten. Dieser im Lichte der europäischen Geschichte beeindruckende Erfolg wird von uns leider gar nicht mehr wahrgenommen. Und trotz dieser beachtlichen historischen Leistung hat die Europäische Union heute leider bei vielen Menschen kein gutes Image. Zu oft verbinden die Leute das, was aus Brüssel kommt, mit überflüssigen Detailregelungen und Bürokratie. Manchmal zu Recht, manchmal auch zu Unrecht.

Wir müssen zurück blicken und aus der Vergangenheit unsere Lehren ziehen. Vor allem aber müssen wir nach vorne schauen, um die Zukunft zu gestalten.

Lichtenfelser Erklärung - Wahl des Europäischen Parlaments 2014

In diesem Jahr findet vom 22. bis 25. Mai die Wahl des Europäischen Parlaments statt. Die Europa-Union Bayern ruft die Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an dieser Wahl auf.

Die europäische Union ist demokratisch verfasst. Der Vertrag von Lissabon hat Europas Demokratie gestärkt, indem er dem Europäischen Parlament mehr Befugnisse übertragen hat als je zuvor. Deswegen hat die Wahlentscheidung im Mai 2014 eine größere Tragweite als alle bisherigen Europawahlen: Das Europäische Parlament entscheidet nun als einzige direkt gewählte Institution über alle Gesetzesvorhaben und den EU-Haushalt mit. Das Parlament setzt die Europäische Kommission in ihr Amt ein und kontrolliert ihre Amtsführung. Es wählt den Präsidenten der Europäischen Kommission. Dabei muss das Ergebnis der Europawahl berücksichtigt werden. Indirekt bestimmen die Wähler also auch darüber mit, wer ab 2014 die Kommission leiten wird.

Das Parlament ist die Vertretung aller Unionsbürgerinnen und -bürger und es bildet die Vielfalt des geeinten Europa ab. Der Ausgleich unterschiedlicher Interessen gelingt in einem europaweit direkt gewählten Parlament transparenter und demokratischer als durch Treffen von Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen. Damit die EU als Demokratie funktioniert, braucht es ein starkes, durch eine hohe Wahlbeteiligung legitimes Parlament. Dazu müssen möglichst viele Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Die Wahlberechtigten werden dies nur dann tun, wenn sie über die Rolle und Arbeit des Europäischen Parlaments informiert sind und die Standpunkte der Parteien und Fraktionen kennen.

Die Europa-Union Bayern fordert daher die Parteien auf, zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins beizutragen. Die nominierten Spitzenkandidaten, insbesondere für das Amt des Kommissionspräsidenten, der auf Euro-

paebene zusammenschlossenen Parteien (europäische Parteienfamilien), welche nur auf den nationalen Wahllisten wählbar sind, müssen die Gelegenheit nutzen, ihre politischen Vorstellungen über die Zukunft der Europäischen Union dem Bürger überzeugend darzustellen.

Die Verantwortung der Medien ist es, den Kandidaten für das Europäische Parlament und die Leitung der EU-Kommission im gleichen Maße Gelegenheit zur kontroversen Darstellung ihrer Programme zu geben, wie vor nationalen Wahlen.

Die Europa-Union appelliert an die Wählerinnen und Wähler, nur für Parteien zu stimmen, die im künftigen Europäischen Parlament genügend Gewicht haben werden, um dort wirkungsvoll die Interessen der Bürger zu vertreten.



Die Europäische Union wird in der Welt nur dann gehört, wenn sie nach außen geschlossen mit einer Stimme spricht. Dem muss jedoch im Inneren ein demokratischer Meinungsbildungsprozess vorausgehen. Der setzt ein starkes, von der Mehrheit der Europäerinnen und Europäer getragenes Parlament voraus.

Die Europa-Union will durch ihre Arbeit einen Beitrag dazu leisten, die Europäische Union, ihre Institutionen und Politik transparent zu machen. Sie setzt sich für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger ein. Dieses Ziel ist nur erreichbar, wenn die Menschen es als ihre Aufgabe ansehen, das gemeinsame europäische Projekt mit zu gestalten. Sie sollten deswegen am 25. Mai 2014 von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen und sich auf vielfältige andere Weise, z.B. durch die Beteiligung an Bürgerinitiativen, das Engagement in Vereinen und Verbänden und der Organisation grenzüberschreitender Projekte und Aktivitäten einbringen.

Die Europawahl – Richtungsweisend für die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten

Zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 findet in den Mitgliedsländern der EU die achte Europawahl seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979 statt. Die Europawahl 2014 ist zugleich auch die erste Wahl nach in Kraft treten des Vertrages von Lissabon.

Der Vertrag beinhaltet wesentliche Neuerungen für die Europawahl.

Erstmals wird eine Europawahl richtungsweisend sein für die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten. Künftig wird dieser nicht alleine von den Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer hinter verschlossenen Türen bestimmt. Der Rat, d.h. die nationalen Regierungschefs haben zwar das Vorschlagsrecht, müssen dabei jedoch die Ergebnisse der Europawahl berücksichtigen. Der Kommissionspräsident muss danach vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei (EVP), Jean-Claude Juncker, und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), Martin Schulz, gelten dabei als Favoriten. Beide Kandidaten waren in diesem Jahr zu Gast auf der 63. Landesversammlung der Europa-Union Bayern.

Europa wieder lieben lernen!

Rede von **Jean-Claude Juncker** am 04.04.2014 in München
ehem. Vorsitzender d. Eurogruppe, ehem. Premierminister Luxemburgs

Mit Jean-Claude Juncker, dem ehemaligen luxemburgischen Premierminister und Eurogruppenchef, konnte die Europa-Union Bayern den Spitzenkandidaten der EVP als Festredner des ersten Veranstaltungstages bei der diesjährigen Landesversammlung in München begrüßen.

Junckers Rede stand nicht nur im Zeichen der immer noch nicht überwundenen Schuldenkrise in Europa, sondern auch der zunehmenden Europakritik und zu beobachtenden Renationalisierung in einzelnen Mitgliedsländern. Bereits in seinen einleitenden Worten setzte er sich daher

kritisch mit der Rhetorik nationaler Politiker auseinander. Juncker mahnte an, dass die handelnden Personen eigentlich anders über Europa reden sollten: „Wir gewöhnen uns an, Europa in Haftung zu nehmen. Anstatt den Europäern Trübsal einzublasen, sollte man aber auf die Leistungen Europas hinweisen!“ Er sprach damit eine traurige Entwicklung der vergangenen Jahre an: „Wir Europäer sind nicht mehr ausreichend stolz auf Europa!“ Dabei gelte, so Juncker, die Bewunderung der ganzen Welt Europa als Hort des Friedens.



Die Entwicklung Europas nach 1945 und 1990 sei einmalig: „Uns ist es gelungen, europäische Geschichte wieder zusammenzuführen, Grenzen abzuschaffen und einen andern Weg einzuschlagen. Wir haben es geschafft, neue Länder in der EU aufzunehmen und die Menschen in diesen Ländern haben sich das ausdrücklich gewünscht.“ Obwohl uns Europäern weltweit große Bewunderung zuteil komme, seien die großen Vorzüge Europas nicht mehr erkennbar. Dies liege auch daran, dass Europa in der nationalen Politik schlechtgeredet werde, gab der ehemalige Eurogruppenchef zu bedenken und sagte mit deutlichen Worten: „Immer so zu tun, als wäre Europa der Grund allen Übels, ist innenpolitische Feigheit.“

Eine Teilschuld am schlechten Europabild trage daher auch das Spitzenpersonal der Mitgliedsländer. Dieses sei untereinander nicht solidarisch. Dabei ist Europa kein kontinentaler Boxkampf: „In Europa siegen wir entweder gemeinsam oder wir verlieren gemeinsam!“, so Juncker.

Juncker räumte ein, dass sich Europa auch aus anderen Gründen in akuter Erklärungsnot befinde. In

der Vergangenheit sei es mit der Flexibilisierung, Liberalisierung und Deregulierung maßlos übertrieben worden. Europa habe scheinbar, so Juncker, die soziale Marktwirtschaft vergessen. Deshalb sei es unter anderem auch zur Katastrophe der Schuldenkrise gekommen. Die Flut ungeprüfter neoliberaler Modelle habe großen Schaden verursacht. „Europa muss sozialer werden!“, forderte Juncker. Europa müsse sich wieder mit den konkreten Lebensrealitäten der Menschen vor Ort befassen. Dies sollte aber mit Vorsicht geschehen, denn: „Je mehr sich Europa um die kleinen Dinge kümmert, desto größer wird das europäische Problem.“



Laut Juncker gibt es daher nur eine Lösung des Problems: „Wir müssen wieder zu den Grundideen der europäischen Integration zurückkehren und die Reihen in Europa schließen. Wir müssen uns in Europa wieder lieben lernen!“ Der Friede, so Juncker, sei eben nicht die größte Selbstverständlichkeit Europas. Er warnte ausdrücklich davor, die nationale politische Bühne zu missbrauchen. Gerade in der Schuldenkrise habe man bemerkt, wie nah Ressentiments an der Oberfläche liegen: „Die Generationen vor uns haben Europa aufgebaut. Wir sind die Erbverwalter.“ Europa sei „ein glücklicher Kontinent, ohne es zu wissen.“ Als reichster Kontinent müsse Europa mithelfen, die Lebensbedingungen der Menschen weltweit zu verbessern.

Man könne sich, so Juncker, für die Vertiefung der Integration auch ohne blinden Enthusiasmus einsetzen. Mit Blick auf die Ziele der Europa-Union wage Juncker einen Vorstoß: „Die Forderung der Vereinigten Staaten von Europa ist nicht unbedingt zielführend.“, gab er zu bedenken. Die Vielfalt Europas sei dessen Stärke und diese gelte es zu bewahren. Die Rede des ehemaligen luxemburgischen Premierministers wurde von den Delegierten der Europa-Union mit stehendem Applaus bedacht.

Die Europäische Idee – Das beste Instrument, gemeinsam errungene Werte zu verteidigen

Rede von **Martin Schulz** am 05.04.2014 in München
Präsident des Europäischen Parlaments

Am zweiten Tag der Landesversammlung sprach der Präsident des Europäischen Parlamentes und Spitzenkandidat der SPE, Martin Schulz, vor den Delegierten der Europa-Union im Senatssaal des Maximilianeums.

Martin Schulz eröffnete seine Rede mit der nachdenklich stimmenden Frage: „Ist die Idee Europa noch bei den Menschen verankert?“ Mit dieser Frage spielte er auf den wieder zunehmenden Nationalismus und die deutlich europafeindliche Stimmung in einzelnen Mitgliedsländern der EU an. Die Wahrnehmung der EU sei natürlich von Land zu Land unterschiedlich, so Schulz. Europa sei eben ein Kontinent der Unterschiede und der Diversität: „Wir sind unterschiedliche Völker mit unterschiedlichen Sprachen und unterschiedlichen historischen Erfahrungen.“ Vielfalt sei ein Kennzeichen Europas und zugleich stehe diese Vielfalt auch für die Europäische Idee.

In einem ausführlichen historischen Exkurs ging Martin Schulz auf die Geschichte und Entwicklung Europas von 1914 bis 1989 ein. Kritisch sah er dabei die Botschaft von Versailles, die ein deutliches Zeichen für die Deutschen und die anderen europäischen Völker setzte und bereits vorhandene Gräben vertiefte. Aus Versailles resultierte in der Konsequenz, so Schulz, die weitere dramatische Entwicklung in Europa im 20. Jahrhundert. Der erste Weltkrieg mit seinen psychischen und wirtschaftlichen Folgen mündete im 3. Reich und in einem weiteren Weltkrieg, der die Spaltung Europas und den Kalten Krieg zur Folge hatte.

Die große Errungenschaft Europas nach 1945 sei dann gewesen, kein zweites Versailles zuzulassen, sondern 1950 die Montanunion zu gründen: „In der Montanunion ist die Idee von Europa angelegt. Die Idee, dass die Völker Europas sich gegenseitig respektieren und lernen, sich gegenseitig zu vertrauen.“ Das war, so der Präsident des Europäischen

Parlaments, die historische Antwort der Europäer auf die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, die epochale Leistung des Kontinents Europa. „Ich bin nicht bereit, nur wegen zu viel Bürokratie und anderer Defizite zuzulassen, dass diese grandiose Idee beschädigt wird!“, stellte Schulz klar.

Die Europäer hätten es geschafft, die Dämonen des 20. Jahrhunderts (Hass, Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus) zu bannen. Zugleich warnte er: „Diese Dämonen sind nicht verschwunden!“ In Europa herrsche zwar das Recht und die nationalistische Gefahr werde auch durch die gemeinsam geschaffenen Institutionen gebannt. Allerdings liege auf der Hand: Wenn die Institutionen weg sind, tauchen auch die Dämonen wieder auf. Der Rassismus sei in Europa noch immer latent vorhanden, zeigte sich Schulz überzeugt. Die Gefahr gehe nun von denjenigen aus, die sagen: Schafft die EU ab! Die EU sei eine Leistung, die es gegenüber diesen Kräften zu verteidigen gelte, so Schulz.



Die Vielfalt Europas sei gut und sollte nach seiner Meinung bewahrt werden. Er räumte aber auch ein: „Wir Europäer sind auf einer Reise, von der wir nicht wissen wo sie endet ...“. Daher zeigte sich der Spitzenkandidat der SPE, wie bereits am Vorabend Jean-Claude Juncker von der EVP, skeptisch gegenüber der Vision der Vereinigten Staaten von Europa. Die nationale Identität sei stark und gebe den Menschen Sicherheit.

Schulz ging auch auf die multipolare Welt mit aufstrebenden Mächten wie China und Indien ein. Diese dürfe man als Europäer nicht unterschätzen. Den einzelnen Mitgliedsländern der EU – eben auch Frankreich, Großbritannien und Deutschland – müsse bewusst sein, dass jeder auf sich allein gestellt in dieser multipolaren Welt zu schwach sei. Als Gemeinschaft aber sei man stark. Gemeinsame

Stärke müssten die Europäer auch für die Aufrechterhaltung der eigenen Werte zeigen: „Wer auf unseren Markt will, der darf unsere Werte nicht mit Füßen treten!“



Zum Abschluss seiner Rede appellierte er: „Wenn wir auf Dauer erfolgreich sein wollen, müssen wir das Modell, das wir aufgebaut haben verteidigen. Das Modell unserer Demokratie, der demokratischen Rechte und individuellen Grundrechte ist im 21. Jahrhundert bedroht. Die europäische Idee ist das beste Instrument, diese Werte zu verteidigen.“ Die Idee selbst sei aber unter Druck und wer für sie stehe müsse sie nun verteidigen und dafür kämpfen.

Warum ist diese Europawahl so wichtig?

von **Peter Martin**

Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in München

Europa steckt noch mitten in der Bewältigung der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise – die Europawahl ist damit auch eine Wahl über den künftigen Kurs der Europäischen Union und somit die bislang wichtigste Europawahl überhaupt.

Die Europawahl 2014 wird auch darüber entscheiden, wer der Nachfolger oder die Nachfolgerin von José Manuel Barroso als Präsident der Europäischen Kommission wird. Die Staats- und Regierungschefs werden zum ersten Mal den Ausgang der Europawahl zu berücksichtigen haben, wenn sie den Kandidaten für dieses Amt bestimmen. Die Wähler haben also einen Einfluss darauf, wer an der Spitze der nächsten EU-Kommission stehen wird.

Aber es gibt natürlich noch viele weitere Gründe, warum es so wichtig ist, zur Europawahl zu gehen.

Wenn man sich anschaut, was die Europäische Union in den vergangenen fünf Jahren geleistet hat, wird dies sehr deutlich.

In unserer globalisierten Welt mit ihren vielfältigen Verflechtungen ist kein Mitgliedsstaat groß genug, um sich allein zu behaupten. Nur eine geeinte EU ist stark genug, um sich Gehör zu verschaffen. Internationale Angelegenheiten sind nicht auf die Außenpolitik beschränkt. Sie betreffen auch Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, des Außenhandels, der globalen Wirtschaft, des Klimaschutzes und der Energiepolitik. Die Umwälzungen in der Ukraine erfordern das kollektive politische Gewicht der EU und ihre Fähigkeit, international etwas zu bewirken und den Ländern, die einen Wandel durch Annäherung an die EU anstreben, durch Finanzhilfe, Handelserleichterungen und andere Maßnahmen (beispielsweise Visapolitik und Energiesicherheit) den Rücken zu stärken.



Die EU bekämpft entschlossen die Wirtschaftskrise und hat aus Fehlern der Vergangenheit gelernt. Dank neuer Regeln müssen die Banken verantwortlicher handeln, und das Geld der Sparer ist geschützt. Die Euro-Länder arbeiten jetzt besser zusammen: die Regierungen achten darauf, nicht über ihre Verhältnisse zu leben, bauen Schulden ab und streben langfristiges, nachhaltiges Wachstum an, statt eines künstlichen Wachstums, das durch Schuldenmachen angeheizt wird.

Es ist auch deutlich geworden, dass der Euro funktioniert und robuster ist als zuvor. Der Euro ist heute die zweitwichtigste Reservewährung nach dem Dollar. Über die gesamte Krise hinweg ist sein

Wechselkurs bemerkenswert stabil geblieben. Außerdem verleiht er den Ländern des Eurogebiets und der EU insgesamt ein politisches und wirtschaftliches Gewicht auf internationaler Ebene, das sehr viel größer ist als die Summe ihrer Teile. Selbst die Krisenländer können im Euro erfolgreich sein, wenn sie den Weg über Strukturreformen gehen. Nun werden viele Probleme angegangen, die bereits lange vor Einführung des Euros bestanden.

Deutschland erhält für die nächsten sieben Jahre (2014-2020) über 19 Mrd. Euro aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds. In der letzten Förderperiode (2007-2013) wurden in Deutschland mit Unterstützung der Kohäsionspolitik bisher 88.000 Arbeitsplätze geschaffen, 6.500 Unternehmensgründungen gefördert und 5.900 Projekte im Bereich erneuerbare Energien unterstützt. Über 4,3 Millionen Personen in Deutschland haben an Maßnahmen teilgenommen, die vom Europäischen Sozialfonds gefördert wurden.

Eine der wichtigsten Säulen der europäischen Integration ist der direkte Austausch zwischen Bürgern unterschiedlicher Länder. Eine Erfolgsgeschichte ist dabei das Austauschprogramm Erasmus. Das neue erweiterte EU-Bildungsprogramm Erasmus+ fördert im Zeitraum 2014-2020 nun auch den Austausch von Nichtakademikern, von Lehrkräften und Initiativen wie den Europäischen Freiwilligendienst. Über 250.000 Deutsche haben deshalb in den kommenden sieben Jahren gute Aussichten auf ein Erasmusstipendium, mit dem sie in einem anderen europäischen Land lernen oder arbeiten können. All diese Erfolge sind keine Endpunkte, sondern wichtige Schritte für die weitere wirtschaftliche und politische Integration. Bei der Europawahl können die Wähler auch darüber abstimmen, was die nächsten Schritte sein sollen und wie die Europäische Union weiter gestaltet werden soll.

Diesmal geht es um mehr . . .

von **Jochen Kubosch**

Leiter des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in München

Seit 1979 wird das Europäische Parlament direkt

von den Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten gewählt. Seither sinkt die Beteiligung von Wahl zu Wahl. Wird sich dieser Trend bei der Wahl am 25. Mai 2014 endlich umkehren? Gute Gründe dafür gibt es jedenfalls genügend:

Noch nie hatte das Europäische Parlament so viel Einfluss wie seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1.12.2009. Deshalb hatten auch die Stimmen der Wähler noch nie so viel Gewicht wie bei dieser Wahl: Über die gesamte EU-Gesetzgebung entscheidet das Parlament nun im "Mitentscheidungsverfahren" gemeinsam mit dem Ministerrat. Neue Vorschriften kommen nur zustande, wenn sie von beiden Institutionen angenommen werden. Noch bis 2009 war das anders. Damals waren wichtige Politikbereiche, z. B. die Landwirtschaft, von der Mitentscheidung ausgenommen. Das war ein echtes Demokratiedefizit, das nun behoben ist.

Über sämtliche Ausgaben im jährlichen Haushaltsplan und über den mehrjährigen Finanzrahmen beschließen das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten gemeinsam. Auch hier kann gegen den Willen der Volksvertretung nichts mehr entschieden werden. Das Parlament kontrolliert die Exekutive, also die Europäische Kommission, hinsichtlich der korrekten Verwendung der Haushaltsmittel und ihrer politischen Tätigkeit. Das Parlament kann dazu Untersuchungsausschüsse einsetzen. Sein schärfstes Instrument ist ein Misstrauensantrag: Wird er angenommen, muss die Kommission ihr Amt niederlegen. Wer also mehr demokratische Kontrolle der Verwaltung durch die gewählte Volksvertretung will, muss durch seine Stimme das Parlament stärken.

Neu ist auch: Die Wähler entscheiden am 25. Mai indirekt mit über den künftigen Kommissionspräsidenten. Deshalb haben die Parteien erstmals Spitzenkandidaten für dieses Amt benannt, die einen europaweiten Wahlkampf führen werden. Die Wahl bekommt damit Gesichter. Nun gilt das Argument vieler Wahlmuffel, man wisse ja nicht, um wen und um welche Programme es bei der Europawahl gehe, nicht mehr.

Durch den Vertrag von Lissabon ist die Zustimmung des Europäischen Parlaments zu internationalen Verträgen erforderlich, die die EU mit Drittstaaten schließt. Das wissen nur wenige Bürger. Dabei ist dieser Punkt gerade jetzt sehr aktuell, da von vielen Seiten heftig gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA protestiert wird. Ob dieses und andere Abkommen zustande kommen, wird auf Seiten der EU eben nicht - wie in vielen Medien und an Stammtischen behauptet - von anonymen Beamten oder gar Lobbyisten entschieden, sondern in öffentlicher Abstimmung vom Europäischen Parlament. Schließlich können neue Mitgliedstaaten nur dann in die EU aufgenommen werden, wenn das Europäische Parlament zustimmt.

Auch wer darüber klagt, dass die EU oft zu detaillierte, angeblich bürokratische Vorschriften erlasse, kann durch seine Stimme Einfluss nehmen. Ob und wie gründlich Dinge reguliert werden, entscheidet der Gesetzgeber, also das Europäische Parlament. Und dort gehen zwischen den Parteien die Meinungen darüber, was unnötige Überreglementierung ist und was zum Umwelt-, Verbraucher- und sozialen Schutz geregelt werden soll, häufig genug auseinander. Wer sich durchsetzt, entscheiden die Wähler am 25. Mai.

Und noch etwas ist diesmal anders als bei allen bisherigen Europawahlen: In vielen Mitgliedstaaten erstarken Parteien, die die europäische Idee ablehnen oder das gemeinsame Europa zumindest schwächen wollen, indem sie die Rückabwicklung der Währungsunion, die Einschränkung der Freizügigkeit, was auf eine Wiedereinführung von Schlagbäumen und Grenzkontrollen hinausläuft, und ein Ende der politischen Union fordern. Die Europawahl 2014 ist deshalb auch ein Wettstreit zwischen den Kräften, die an ein gemeinsames Europa glauben und denen, die von einem Zurück zum alten Europa, das die Katastrophen des 20. Jahrhunderts nicht verhindern konnte, träumen.

Wer erwägt, nicht zur Wahl zu gehen, sollte überlegen, ob er oder sie über diese wichtigen Fragen andere für sich entscheiden lassen will!

**Unser Europa mitgestalten -
Eine Aufgabe für uns alle!**

Frieden in Europa, das Gründungsziel unseres vereinten Europas, halten heute die meisten von uns für eine Selbstverständlichkeit. Europaweit reisen, leben, arbeiten, über die Grenzen hinweg günstig telefonieren und einkaufen, dabei rechtlich und gesundheitlich abgesichert zu sein, gilt inzwischen als normal. Dies und viel mehr verdanken wir unserem Europa, der Europäischen Union. Dennoch erscheint vielen Europa als etwas Fernes, angesiedelt in „Brüssel.“ **Europa, das sind wir jedoch alle, die Bürger der Europäischen Union**, und wir können unser Europa mitgestalten. Die Europawahlen am 25. Mai 2014 geben allen EU-Bürgern die Chance, dies zu tun.



Es sind **gemeinsame Werte** wie Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Menschenrechte, Rechtssicherheit, die uns Europäer verbinden. Dies wird uns häufig erst bewusst, wenn wir uns außerhalb unseres Kontinents aufhalten, in Ländern wo etwa Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Umweltschutz weniger geschätzt werden.

Das vereinte Europa ermöglichte seinen Bürgern ungeahnten Wohlstand. Diesen gilt es, in der globalisierten Welt mit neuen Mächten und weltweiten Herausforderungen zu bewahren und zu sichern. Dazu müssen wir bei den großen Fragen – etwa im Bereich Umwelt, Sicherheit, Finanzmärkte – unsere Interessen bündeln und gemeinsam auftreten.

Unsere Werte und Interessen in der Welt zu vertreten, ist die wichtigste Aufgabe der Europäischen

Union. Nur gemeinsam können die Länder Europas dies bewerkstelligen; die Stimme jedes einzelnen Landes ist zu schwach, um sich im Kreis der heutigen und entstehenden Großmächte Gehör zu verschaffen.

Das europäische Parlament hat mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon Mitentscheidungsrechte in fast allen Budgetfragen und mitentscheidenden Einfluss auf alle europäischen Richtlinien und Verordnungen. Es bestimmt mit über den EU-Haushalt und internationale Abkommen. Die bevorstehende Europawahl ist die erste Wahl des Europäischen Parlamentes nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon. Zudem wird bei diesen Wahlen erstmalig der Präsident der Europäischen Kommission auf der Grundlage der Ergebnisse der Europawahl bestimmt. **Jeder Wähler hat also mit seiner Stimmabgabe mehr Einfluss als bei allen früheren Wahlen zum Europäischen Parlament.**

Es ist die **Aufgabe aller Bürger Europas, unser gemeinsames Europa mitzugestalten.** Europa steckt noch mitten in der Bewältigung der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise, viele Fragen sind zu klären, institutionelle Reformen müssen angegangen werden. Bei der Europawahl geht es um den künftigen Kurs der Europäischen Union. Und es geht darum, dass unser Europa, dem wir Frieden und Wohlstand verdanken, nicht durch Populisten von Links und Rechts zerstört wird.

Diese Aufgabe wahrzunehmen und an der Europawahl teilzunehmen ist ein entscheidendes Bürgerrecht. Die Europa-Union Bayern ruft alle Bürger auf, von diesem Recht Gebrauch zu machen:

Gehen Sie zur Wahl am 25. Mai – gestalten Sie Europa mit!

Impressum – Sonderausgabe BAYERN IN EUROPA zur Europawahl 2014

Herausgeber: Europa-Union Bayern e.V.
Oberanger 32, 80331 München
Tel.: (089) 260 34 75
Fax: (089) 260 37 50
E-Mail: europa-union-bayern@t-online.de
Internet: www.eu-bayern.de

Redaktion (V.i.S.d.P.): Walter Brinkmann, Anton Freiherr von Cetto, Johannes Lindinger und Rainer Taubert

Grafiken, Layout und Satz: Johannes Lindinger

Druck: Lindnerdruck, 86899 Landsberg am Lech